

# Das Eurosystem zwischen realwirtschaftlicher Anpassung und kollektiver Finanzierung

Prof. em. Dr. Alfred Schüller

Vorsitzender der „Marburger Gesellschaft für Ordnungsfragen der Wirtschaft e. V. (MGOW)“

## « Teil II »

Die Staaten mit aktiver Leistungsbilanz (Kapital-exportländer) werden sich als „unsolidarische Kostgänger“ der Defizit-länder (Kapitalimportstaaten) an den Pranger gestellt sehen, obwohl Erstere doch schon für die Finanzierung der Passivsalden aufgekommen sind und für die Rettungsfonds im Wesentlichen einstehen müssen.

### **Auf dem Weg zum Anpassungsdirigismus**

Es gibt Überlegungen, anstelle marktmäßiger Verfahren der Anpassung und Finanzierung künftig den Ausgleich der Leistungsbilanzsalden von Brüssel aus zu steuern. Die Einhaltung der erlaubten Defizite und Überschüsse soll durch finanzielle Sanktionen, die der Europäische Rat zu verhängen hat, erzwungen werden können. Saldendirigistische Konzepte und staatliche Bemühungen, eine fehlgeleitete europäische Währungspolitik von den Ergebnissen her notdürftig zu korrigieren, offenbaren eine staatlich-bürokratische Wissensanmaßung absurden Ausmaßes – etwa hinsichtlich folgender Fragen: Bestehen oder drohen Ungleichgewichte? Sind diese schädlich? Worin liegen die Ursachen? Welche Abhilfemaßnahmen sind geeignet? Was kennzeichnet eine angemessene Umsetzung, wenn dabei länderspezifische Umstände zu berücksichtigen sind?

Schon diese vagen Orientierungsmerkmale zeigen, dass mit einer neuen Quelle desintegrierend wirkender politischer Konflikte zu rechnen ist, zumal ein nach zentralen Vorgaben gesteuerter Saldenausgleich wegen der Interdependenz des Marktgeschehens nicht nur eine zentralisierte außenwirtschaftliche, sondern auch eine binnenwirtschaftliche Beurteilung und Lenkung erfordert. Von Seiten der Europäischen Kommission wird zwar angenommen, Leistungsbilanzüberschüsse seien unproblematisch, solange sie – wie im aktuellen Fall Deutschlands – aus hoher Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen resultierten. Tatsächlich hat Deutschland, das den ökonomischen Fakten nach schon längst hätte aufwerten müssen, im Rahmen der Euro-Verfassung einen künstlichen Wettbewerbsvorteil. Es wird sich schon deshalb nicht einem symmetrischen Anpassungsverlangen aus Brüssel entziehen können. Die Staaten mit aktiver Leistungsbilanz (Kapitalexportländer) werden sich als „unsolidarische Kostgänger“ der Defizit-länder (Kapitalimportstaaten) an den Pranger gestellt sehen, obwohl Erstere doch schon für die Finanzierung der Passivsalden aufgekommen sind und für die Rettungsfonds im Wesentlichen einstehen müssen.

Der nächste Schritt könnte deshalb zum Beispiel die Forderung nach einem Strafzins auf Leistungsbilanzüberschüsse sein, wie er schon im Keynes-Plan von 1943 für eine internationale Clearing Union vorgesehen war. John Maynard Keynes meinte, Überschüsse könnten durch Selbstbeschränkung oder durch staatliche Eingriffe vermieden werden. Warum nicht auch von Brüssel diktiert? Die Überschussländer werden jedoch versuchen, den Wirtschaftsverkehr mit Drittländern auszudehnen, um damit der wirtschaftlichen Konvertibilitätsbeschränkung im Euroraum, die im Saldendirigismus mit dem Drang nach Ausdehnung angelegt ist, auszuweichen. Ohnehin würde ein solcher Protektionismus es den

Defizitländern nur scheinbar leichter machen, die notwendigen inneren Anpassungen vorzunehmen, die für den Abbau der Staatsverschuldung unverzichtbar sind. Jede Einfuhrbeschränkung bedeutet eine Ausfuhrbeschränkung, also eine Schrumpfung der Vorteile, die die EU als Tauschgemeinschaft bietet. Das wirkt desintegrierend und erschwert den Entschluss, den schuldnerischen Verpflichtungen nachzukommen. Die Problematik des Saldendirigismus wirkt wie ein System eingebauter protektionistischer Tendenzen.

Die Defizitländer der Eurozone indizieren – bei fehlendem Wettbewerbsschutz durch einen marktgerechten Wechselkurs – eine vergleichsweise schwache Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und unzureichende Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft. Doch ursächlich für Defizite ist die Tatsache, dass die Kreditgeber diese ermöglicht haben. Dabei hat die Währungsunion die Gläubiger dazu verleitet, nicht darauf zu achten, wie es um die Verwendungsqualität der Mittel und die Schuldendienstfähigkeit der Kreditnehmer bestellt ist. Sollen die Gläubiger für dieses Versäumnis nicht haften, und gelingt es nicht, den Zustand durch zügige Anpassung seitens der Defizitländer zu ändern, können die bisherigen Importüberschüsse nur durch neue Kredite aufrechterhalten werden. Die „weichen“ Finanzierungshilfen der EU sind wiederum dazu angetan, der innenpolitisch schmerzhaften Anpassung, der notwendigen fiskalischen Disziplin und Reformbereitschaft auszuweichen. Die fortgesetzte Importfähigkeit auf Pump verleiht der deutschen Exportwirtschaft vorübergehend künstliche Vorteile, verschlechtert aber wie in einem Teufelskreis den Zustand der Defizitländer und belastet so am Ende auch die Budgets und die Exportmöglichkeiten der Überschussländer.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass bei den am Leistungsbilanzsaldo ansetzenden Eingriffen wie auch bei den vorgesehenen anderen politisch-bürokratischen Anpassungsverfahren der Europäische Rat Entscheidungs- und Sanktionsinstanz ist. Der Rat wird erfahrungsgemäß politischen Konflikten und Anfeindungen mit faulen Kompromissen aus dem Weg zu gehen versuchen, zum Beispiel mit einem verstärkten Saldendirigismus, mit erweiterten oder neuen Fonds, der Ausdehnung der Gemeinschaftshaftung und einer fortschreitenden Politisierung der Kreditpolitik der EZB. Der Drang nach Ausdehnung schwächt die marktwirtschaftlichen Trieb- und Anpassungskräfte des Binnenmarktes.

### **Zentrifugale Wirkungen auf die europäische Integration**

Von der Instrumentalisierung der Geldpolitik wird der wirksamste Beitrag für das Ziel erwartet, den Binnenmarkt zu vollenden und einen Sachzwang für beschleunigte Schritte auf dem Weg zur politischen Union auszulösen. Diejenigen, die seit den 1990er Jahren der Auffassung misstraut haben, nur mit dem Euro könne Deutschland auf Dauer mit seinen Nachbarn in Frieden leben und einen schweren Rückschlag in der europäischen Integrationspolitik verhindern, erleben nun das, was zu erwarten war – eine Entwicklung in die entgegen gesetzte Richtung:

- These eins: Der pathetische Ruf „Scheitert der Euro – scheitert Europa“ ist schon deshalb hohl, weil mit dem Euro ohne Not, aber mit unübersehbarem Schaden ein Graben in der EU entstanden ist. Von den 501 Millionen Einwohnern der EU gehören 327 Millionen der Eurozone an, 174 Millionen also nicht. Der Graben wird tiefer und breiter. Denn Europäische Kommission und Europäischer Rat werden beim Versuch, das nach ihrer Meinung Notwendige zu tun, dauerhaft in unangenehme politische Machtkämpfe geraten sowie Neid und Anfeindungen nicht nur zwischen den Euroländern auslösen. Wie können zum Beispiel innenpolitisch unbequeme Entschuldungs- und Anpassungsprogramme in Griechenland mit einer, wie es offiziell heißt, „Art Zwangsverwaltung“ durchgesetzt werden, wenn zugleich zugesichert wird: „Die Verantwortung für das Programm trägt Griechenland, und für seine Durchführung sind die griechischen Behörden zuständig“?

- These zwei: Wird der eingeschlagene Weg der Währungsunion fortgesetzt, entsteht mit der systematischen Einbeziehung des ESM und der EZB in die Staats- und Bankenfinanzierung ein europäischer „Fiskalsozialismus“ (Wilhelm Röpke). Er ist am unverhohlenen Bestreben erkennbar, die Geldemission systematisch zu politisieren: sie für das Konzept der fiskalpolitischen Nachfragesteuerung und für die Finanzierung der Vorrangigkeit des Wachstumsziels dienstbar zu machen sowie für die staatliche Schuldentilgung zu nutzen. Damit weist der Weg von der Währungsunion über die Finanzunion

in eine Inflationsunion. Höhere Inflationsraten werden dann im Wirtschaftsgeschehen antizipiert, das treibt die Inflation vorseilend an. Die erwartete stimulierende Wirkung wird sich ins Gegenteil verkehren. Es entstehen Erscheinungen der Desintegration; Ressentiments, längst überholt geglaubt, kommen zum Vorschein. Auch innerhalb der Staaten wird der Zusammenhalt geschwächt. Die Bemühungen, den Binnenmarkt, das Glanzstück der bisherigen Integrationspolitik, zu sichern und auszubauen, werden erlahmen, auf jeden Fall erschwert.

■ These drei: Der Integrationsprozess gestaltet sich mit dem Maastrichter Vertrag immer zentralistischer. Dies wird heute vielfach als unabänderlich angesehen oder hingenommen, um den Euro auf „pragmatische“ Weise zu retten – ohne die ordnungspolitischen Konsequenzen zu bedenken, die letztlich niemandem dienen, aber allen schaden. Mit dem fortschreitenden Euro-Dirigismus wird sich das asymmetrische Verhältnis von Anpassung und Finanzierung in dem Maße verfestigen, wie durch den zunehmenden politisch-bürokratischen Lenkungs- und Überwachungscentralismus die geistig-moralischen Kräfte eines wirklichen Reformföderalismus erlahmen. Umso weniger lassen sich die Lebensverhältnisse der überschuldeten Mitgliedsländer aus eigener Gestaltungskraft verbessern. Umso lauter wird der Ruf erschallen, einheitliche Lebensverhältnisse durch permanente Zuweisungen aus Brüssel herzustellen.

Bei einem europäischen Länderfinanzausgleich werden sich die Geber- und Nehmerländer unausweichlich ungerecht behandelt fühlen – auf europäischer Ebene sehr viel mehr als etwa in Deutschland nach 1989. Hier war und ist die Bereitschaft, Lasten im gemeinsamen Wirtschaftsraum zu verteilen, entscheidend vom Zusammengehörigkeitsgefühl „Wir sind ein Volk“ bestimmt. Von einer solchen geistig-moralischen Grundlage kann im Euroraum nicht ausgegangen werden. Wenn hier der Bereich der Gemeinschaftsaufgaben, Solidarpakte und anderer Formen der Kollektivhaftung – verbunden mit einem unvorstellbaren Umverteilungsbedarf – ausgedehnt wird, ist dies mit einer Verlagerung von Kompetenzen auf die Zentralebene in Brüssel verbunden. Die konzeptionellen Schwächen des Euro-Dirigismus werden aus diesem Europamodell ein Durcheinander von diskretionären Regelauslegungen, von nicht geahndeten Regelbrüchen machen und einen Wettbewerb um die schlechteste Finanzpolitik auslösen. So kann keine wünschenswerte wirtschaftliche und politische Ordnung in Europa entstehen.